

An der Wegscheide

Corona und die Folgen – wie aus Sicht des BUND eine zukunftsfähige Wirtschaft aussehen sollte

Von Olaf Bandt

Die Coronakrise hat den Menschen auf drastische Weise ihre Verletzlichkeit vor Augen geführt. Die Gesundheitssysteme kommen weltweit an ihre Belastungsgrenzen, Lieferketten brechen zusammen, die Arbeitslosigkeit steigt drastisch. Angesichts der Endlichkeit des Planeten und seiner natürlichen Ressourcen hat die Krise uns auch gezeigt, wie potentiell selbstzerstörerisch unsere Lebensweise ist. Die Krise konfrontiert uns mit ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen unseres Handels. Dabei lautet eine der Grundfragen, die wir uns insbesondere mit Blick auf unsere an Gewinnmaximierung und Ressourcenverbrauch ausgerichtete Wirtschaftsweise stellen müssen: Suchen wir für die Probleme von heute und morgen die Antworten im Gestern oder in der Zukunft?

Die Coronakrise schärft das Bewusstsein für die überlebenswichtigen gesellschaftlichen Bereiche. Sie lenkt unseren Blick auf solche Berufe, in denen Menschen vielfach unter katastrophalen Arbeitsbedingungen zentrale Aufgaben für das Gemeinwohl leisten. Sie wirft so ein grelles Licht auf gesellschaftliche Ungleichheiten, die aus unserer aktuellen Wirtschaftsweise resultieren. Gleichzeitig zeigt uns die Pandemie, wie fragil die Natur ist.

SARS-CoV-2 ist eine Infektionskrankheit, die wahrscheinlich von Wildtieren auf den Menschen übertragen wurde. Viele Arten verkraften die tiefen menschlichen Eingriffe in die Natur nicht. Sie müssen sich neue Lebensräume suchen oder sterben im schlimmsten

Fall aus. Die überlebenden Arten „drängen“ sich in den übrig gebliebenen Lebensräumen. Sie können sich meist gut auf Menschen einstellen. So werden Krankheitserreger viel eher übertragen. Auch die Zerstörung von Natur und Umwelt ist eine direkte Konsequenz unserer Wirtschaftsweise.

Die Krise und die daraus resultierenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bundesregierung hat auf die Krise zunächst mit einem Wirtschaftsstabilisierungsfonds reagiert und Anfang Juni zusätzlich ein Maßnahmenprogramm von etwa 130 Milliarden Euro geschnürt. Dieses umfasst zwei Pakete: Sowohl in ihrem Konjunktur- und Krisenbe-

Illustration: Rodolfo Fischer/Lückert;
Foto: BackyardProduction/Stock/Getty Images



wältigungspaket als auch im Zukunftspaket sind in unterschiedlichem Umfang Maßnahmen für Mobilität, Energiewende, Gebäudesanierung und Tierwohl enthalten. Doch gerade dort, wo es um die Zukunft und nicht nur um schnelle Konsumanreize geht, gibt es weiterhin viele Leerstellen. So nutzt die Regierung die 50 Milliarden Euro des Zukunftspakets nicht dazu, die Energie-, Wärme-, Verkehrs- und Agrarwende qualitativ voranzubringen.

Hin zur Gemeinwirtschaft

In anderen Bereichen wird die Wirkung manch positiver Maßnahmen und Entscheidungen durch andere wieder gemindert. Zwar ist es richtig, dass es keine Kaufprämie für

Autos mit Diesel- und Benzinmotoren gibt. Doch wird bis Ende 2021 die bestehende Förderung für den Kauf von Elektro- oder Hybridwagen verdoppelt. Die Förderung von Hybridwagen ist de facto eine Kaufprämie für Verbrennermotoren durch die Hintertür. Die Mehrwertsteuersenkungen sorgen zudem für eine faktische Kaufprämie, die sogar für tonenschwere SUV gilt.

Insgesamt betrachtet ist die geplante Senkung der Mehrwertsteuer ein Konsumanreiz nach dem Gießkannenprinzip, der häufig nicht bei den Konsumentinnen und Konsumenten ankommen wird und keinerlei soziale oder ökologische Lenkungswirkung hat. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen wäre eine gute Möglichkeit, einige Maßnahmen

zu finanzieren, wird in den Paketen aber nicht erwähnt. Auch hätten Maßnahmen innerhalb des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets stärker an Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden müssen. Denn jeder heute ausgegebene Euro in diesem Bereich entscheidet in vielen Fällen über Jahre hinaus über die Menge des Ausstoßes von Klimagasen sowie den Energie- und Ressourcenverbrauch.

Wir stehen im Moment an einer Wegscheide: Entweder wir beschreiten in der Krise den Weg, mit Wirtschaftshilfen noch mehr als bisher in eine schmutzige, sozial ungerechte und krisenanfällige Wirtschaftsweise zu investieren. Oder wir schlagen einen gänzlich neuen Weg in eine saubere, umweltverträgli-



che, gerechte und widerstandsfähige Wirtschaftsweise ein.

Der Staat hat in der Krise das Primat über die Wirtschaft zurückerlangt, und die anstehenden Investitionen ermöglichen für einen begrenzten Zeitraum, die ökologisch und sozial notwendige Energie-, Wärme-, Verkehrs- und Agrarwende stärker als je zuvor anzustoßen. In all diesen Bereichen ergeben sich darüber hinaus viele Chancen für gute und nachhaltige Arbeitsplätze. Durch diese Wendungen wird es möglich, das Gebot des Vorrangs der ökonomischen Probleme vor ökologischen und sozialen aufzuheben und menschliche Bedürfnisse wieder ins Zentrum der Wirtschaft zu stellen. Weg von einer Konkurrenz- hin zu einer Gemeinwirtschaft: Denn die Krise zeigt, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt und Solidarität sind.

Handlungsbedarf in drei Bereichen

In der sozial-ökologischen Transformation, die über Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft angestoßen werden soll, geht es nicht nur um ökologische Nachhaltigkeit, sondern auch um soziale Gerechtigkeit. Deshalb müssen Verteilungs- und Eigentumsfragen eine zentrale Rolle spielen. In drei Bereichen sehen wir in Bezug auf Verteilungs- und Eigentumsfragen einen besonderen Handlungsbedarf:

In der Energiewirtschaft waren die Anfänge der Energiewende geprägt durch eine kooperative Bewegung von unten. In Deutschland wurde jedoch im Laufe der Zeit die Teilhabe immer mehr eingeschränkt, nicht zuletzt mit der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes von einem sicheren Vergütungssystem auf Ausschreibungen. Diese Entwicklung muss unbedingt rückgängig gemacht werden und Energiedemokratie muss wieder ein zentrales Ziel der Energiewende werden. Für eine naturverträgliche, sozial gerechte und auf 100 Prozent erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung muss eine regionale und dezentrale Erzeugung vor Ort ermöglicht werden.

In der Wohnungswirtschaft braucht es flächendeckend bezahlbaren und klimagerechten Wohnraum. Insbesondere in der Krise, in der viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre nächste Miete bezahlen sollen, müssen diejenigen, die vor allem in den Städten jahrelang von übersteuerten Mieten als leistungslose Einkommen profitiert haben, ihren gerechten Beitrag zu einem sozial-ökologischen Umbau leisten. Wir müssen uns fragen, wie Spekulationen durch Finanzinvestoren und die daraus resultierenden hohen Mieten beendet werden können, da diese Gelder an anderer Stelle für eine ökologische Sanierung fehlen. Wohnen muss wieder als Teil der sozial-ökologischen Ver-



sorgungsinfrastruktur in einer Gemeinwirtschaft gesehen werden.

In der Landwirtschaft sind die Böden weltweit enorm ungleich verteilt. Aber es kommt nicht nur in vielen Ländern des Globalen Südens zu Landgrabbing (Anm. d. Red.: Aneignung von Land, insbesondere Agrarfläche, durch durchsetzungsstarke Akteure). Auch in Deutschland besitzen große Investoren aus der Finanz- oder sogar der Pharmaindustrie große Flächen Ackerland. Durch den enormen Preisanstieg können sich viele bäuerliche Betriebe kein weiteres Land mehr leisten. Deshalb braucht es eine Stärkung von bäuerlichen Betrieben unter anderem in ihrem Zugang zu Boden. Als Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sprechen wir uns für das

Konzept der Ernährungssouveränität und eine stärkere Demokratisierung der Lebensmittelproduktion weltweit aus.

An der Wurzel ansetzen

Wir werden die ökologischen und sozialen Krisen nur lösen können, wenn wir an ihrer gemeinsamen Wurzel ansetzen. Aus diesem Grund brauchen wir feste Wege aus der Krise. Einen erfolgreichen Umgang mit Klimakrise und Artensterben wird es nur mit einem gesellschaftlichen Aufbruch geben, der soziale und ökologische Fragen gemeinsam angeht. Hier bietet sich die Chance, Bausteine für ein gutes Leben in einer wachstumsunabhängigen Gesellschaft und Konjunkturprogramme zusammenzudenken.

Die Krise deckt nämlich nicht nur Versäumnisse auf. Sie zeigt uns auch die Orte, an denen Solidarität bereits praktiziert wird und kreative Lösungen für soziale Probleme entstehen. Orte, wo oft der individuelle und gesellschaftliche Bedarf und Bedürfnisse im Vordergrund stehen und nicht die Maximierung von Profiten. Wir finden sie dort, wo Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen und zu Handelnden in eigener Sache werden. Um unsere Gesellschaft krisensicherer zu gestalten, müssen wir diese Orte stärken. Dafür müssen wir unsere Art zu wirtschaften sozial, öko-

logisch und demokratisch gestalten. Daher schlägt der BUND die Finanzierung einer sozialökologischen Gemeinwirtschaft vor, die ein gutes Leben für alle Menschen ermöglicht: jenseits der Gewinnorientierung.

Olaf Bandt ist seit 2019 Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND). Zuvor war er seit 2008 Bundesgeschäftsführer der Organisation.